

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: Wilh. Adhling in Düsseldorf,
Corneliusstraße 66. Telefon-Nr. 4423.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die
Redaktion in Düsseldorf einzuliefern.

Anzeigen kosten die 6spaltige Zeile 20 Pfg. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Pfg. das Tausend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und
kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch die Post bezogen 80 Pfg.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Nieuwen
Krefeld, Luth. Kirchstraße 66. Telefon-Nr. 1358.

7. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 25. November 1905.

Nr. 47.

Aufruf

an alle Ortsgruppen-Vorstände und Mitglieder!
Werte Kollegen und Kolleginnen!

Auf Anregung und Beschluß des Zentralvorstandes soll
das Geschäftsjahr 1905 durch eine

lebhafteste Versammlungs- und Hausagitation
für unsern Verband beschlossen werden. Eine nähere Be-
stimmung sei uns hier erlassen, wir sind jedoch der Ueber-
zeugung, daß der Erfolg einer allgemeinen, einheitlichen und
planmäßigen Agitation besonders in den bevorstehenden Winter-
monaten die aufgewendete Mühe und Arbeit reichlich lohnen
wird, wenn — alle Mitglieder ihre Pflicht tun, d. h. freudig
und opferwillig mitwirken.

Zur Verwendung bei der

Hausagitation

ein besonderes Flugblatt, ein „offener Brief an
Unorganisierten“ herausgegeben worden; dieses
Flugblatt geht den Ortsgruppen gleichzeitig mit der dies-
wöchentlichen Zeitungsnnummer zu und sind weitere Exem-
plare in jeder gewünschten Anzahl von der Expedition
auf Bestellung oder durch die Zentralstelle des Verbandes
anzufordern. Ebenso folgen für jede Ortsgruppe **Aufnahme-**
anbel.

Die Hausagitation soll nun wie folgt planmäßig durch-
geführt werden:

Jede Ortsgruppe teilt ihr Gebiet — und eventl. be-
sondere Orte — in zahlreiche kleinere Bezirke.
In unorganisierten Textilarbeiter und Arbeiterinnen
in diesen Bezirken werden an einem bestimmten Tage
— am besten Sonntags — in ihrer Wohnung besucht.
Man redet mit den Leuten, gibt ihnen ein Flugblatt
und einen Aufnahmeschein. Sind die Kollegen resp. Kolle-
ginnen nicht sofort zum Beitritt zu bewegen, so sagt man
ihnen, sie möchten sich die Sache noch überlegen, vor allen
Dingen das Flugblatt lesen usw. Der Aufnahmeschein werde
eine Woche später wieder abgeholt. (Das letztere muß
natürlich auch geschehen und wird sich in vielen Fällen bei
diesem zweiten Besuch erst ein günstiges Resultat
zeigen.)

Selbstverständlich kann die gut arrangierte
Hausagitation nicht von den Vorstandsmitgliedern
und Vertrauensleuten (Förderern, Sammlern) allein durch-
geführt werden. Wir erwarten daher, daß sich für die
Hausagitation genügend Kollegen und Kolle-
ginnen bereit finden. In diesem Falle muß sich einmal
jedes Mitglied in den Dienst des Verbandes und der
Arbeiterfrage stellen. Also auf, an's Werk! Von der
größten Wichtigkeit ist, daß die Vorstände die Sache gründ-
lich vorbereiten und dafür Sorge tragen, daß alle
Unorganisierten besucht werden. Wir bemerken noch, daß die
Resultate der Hausagitation der Zentralstelle des
Verbandes in Düsseldorf unverzüglich mitgeteilt werden
müssen, damit wir in die Lage kommen, Vergleiche anzustellen
und die Gesamtwirkung dieses Mittels für den ganzen Ver-
band festzustellen.

Desgleichen machen wir den Ortsgruppenvorständen und
allen Mitgliedern von folgendem Beschluß des Zentralvor-
standes Mitteilung:

„In den Monaten November und Dezember (eventl.
Januar) sollen seitens sämtlicher Ortsgruppen
**große (möglichst öffentliche) Versamm-
lungen behufs Demonstration für den ge-
setzlichen zehntägigen Maximalarbeitstag**
abgehalten werden, da der Zentralvorstand beabsichtigt, eine
entsprechende Petition an die gesetzgebenden Körper-
schaften (Bundesrat und Reichstag) zu richten.“

Werte Kollegen und Kolleginnen! Wir halten die Zeit
für gekommen, wo die christliche Arbeiterkraft, insbesondere
die Textilarbeiter, zu dieser nicht nur aktuellen, son-
dern auch brennend gewordenen Frage Stellung nimmt.
Lebhaft zu bedauern ist, daß die Gesetzgebung auf diesem
Gebiete noch nicht mehr getan hat. Wir wollen nun zu einer
erneuten Behandlung der Angelegenheit im
Reichstage den Anstoß geben.

Soll nun die gewünschte Wirkung erzielt werden,
so muß der Zentralvorstand mit vollem Recht darauf hin-
weisen können, daß in dieser Frage die gesamte Mit-
gliedschaft hinter ihm steht. Wir wollen unsere Forde-
rung vor der Öffentlichkeit begründen, wir wollen für
den Zehntag demonstrieren!

Auch diejenigen Ortsgruppen und Mitglieder, welche be-
reits den Zehntag haben, sollen sich an dieser Demon-
stration beteiligen, um die Wirkung zu erhöhen. Auch haben
die Textilarbeiter ein großes Interesse daran, daß der zeh-

ntägige Maximalarbeitstag gesetzlich und obligatorisch ein-
geführt wird. Was die Frage der Erlangung von Referen-
ten für diese Versammlungen betrifft, so wende man sich
an die Agitationskommissionen bzw. Bezirksvorständen,
denen nähere Anweisung erteilt und geeignetes Material zu-
geschickt worden ist.

**Auf, an die Arbeit! Auf zur Agitation und auch
zur Demonstration für den gesetzlichen Zehntag!**
Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand:

J. B. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Grundriss.

Die Ueberschrift dieses Artikels soll darauf hinweisen,
daß wir in ihm keine Darstellung aus irgend einem Gebiete des
gewerkschaftlichen Lebens beabsichtigen, sondern mit einigen
großen Strichen zeigen wollen, wo und wie das Gewerk-
schaftsgebäude aufgebaut ist. „Aber dann hat diese Abhand-
lung für mich schon mal gar kein Interesse“, wird vielleicht
hier oder jener Kollege denken, welcher von sich behaupten
kann, nicht nur die Grundlinien des Gewerkschaftsgebäudes
studiert, sondern auch schon manche Bausteine gewerkschaft-
licher Erkenntnis in richtiger Anordnung zusammengesetzt zu
haben. Diese Kollegen mögen aber bedenken, daß wir stets
neue Mitarbeiter gewinnen und gewinnen müssen, und daß
wir diese über unsere Bestrebungen, sowie über die von ihnen
zu leistende Mitarbeit unterrichten müssen. Wie nötig es aber
auch ist, selbst gebildete Leute über das Wesen und selbst
über die elementarsten Begriffe der gewerkschaftlichen Organi-
sation aufzuklären, dafür lieferte vor einigen Wochen noch ein
Arbeitgeber der Textilindustrie bei Weitem, indem er einen
unserer Kollegen fragte: „Sind Sie auch in dem Streikver-
ein?“ Jener Fabrikant glaubte also — oder gab sich den
Anschein zu glauben — der Zweck unseres Verbandes sei der,
die Arbeiter zu sammeln, damit sie bei nächster beiter Ge-
legenheit „die Bräute“ hinwegjagen könnten. Wenn das wahr
wäre, dann könnte die Daseinsberechtigung desselben aller-
dings ernstlich in Zweifel gezogen werden. Der Streik ist
aber ebenjowenig Zweck der Gewerkschaft, wie der Krieg
Zweck des Heeres ist. Das Wesen der gewerkschaftlichen Or-
ganisationen schildert Professor Sombart folgendermaßen:

„Die Gewerkschaften sind Verbände von Lohnarbeitern.
Dem Lohnarbeiter, diesem modernen Gebilde, wollen die Ge-
werkschaften die Vorteile des Zusammenschlusses, der Gemein-
schaft bieten. Ihn wollen sie gleichsam durchs Leben ge-
leiten, ihm Tröster und Freund, Helfer und Berater in allen
ernstlichen Lebenslagen sein. Sie wollen dort ihr Wirken
entfalten, wo des Einzelnen Mut und Kraft versagen. Des
Einzelnen, den wir also kennen müssen, um die Eigenart der
Gewerkschaft zu begreifen. Allmählich weiß man nun wohl
auch in Laienkreisen, was der moderne Lohnarbeiter ist: ein
rechtlich freier Mensch, der weder die nötigen Mittel besitzt,
um als Rentner oder als selbständiger Produzent, noch die er-
forderliche Bildung oder die unentbehrlichen Kenntnisse und
Fertigkeiten, um als Gelehrter, Künstler, Beamter oder dgl.
leben zu können, der vielmehr nur über eine einzige Hilfs-
quelle verfügt: seiner Hände Arbeitskraft, die er dem In-
haber von Produktionsmitteln und Organisator der In-
dustrie (dem Arbeitgeber) gegen ein Entgelt zu überzeu-
gender Nutzung überläßt.“

„Dieses Lohnarbeiters Interessen also wollen die Ge-
werkschaften wahren, und zwar — was notwendig noch hin-
zugefügt werden muß — im Rahmen des kapitalistischen
Wirtschaftssystems. Denn diese Einschränkung ist es, durch
die sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung scharf von der
sozialistischen Bewegung, der im engeren Sinne sozialen
Bewegung unsrer Zeit, scheidet.“

„Es ist grobe Unkenntnis oder grobe Böswilligkeit bei
denjenigen anzunehmen, der diesen Unterschied der beiden
Arbeiterbewegungen nicht als den grundlegenden, wahren,
bestimmenden anerkennen will.“

Man weiß uns Arbeiter zwar mit Vorliebe auf die
Freiheit des Arbeitsvertrages hin, um damit unsere Gewerk-
schaftsbestrebungen als überflüssig hinzustellen. Was nutzt
dem Arbeiter aber ein Recht, wenn er keinen Gebrauch davon
machen kann? Das ist doch gerade der Zweck der Gewerk-
schaft, daß sie den Arbeiter befähigt, in Verbindung mit seinen
Vertrauenskollegen dahin zu wirken, daß der Arbeitsvertrag das
Resultat einer wirklich freien Vereinbarung zwischen den ver-
tragsschließenden Teilen werde. Kurz dann könnte die Gewerk-
schaft als überflüssig angesehen werden, wenn auch der ein-
zelne Arbeiter sein Recht im Arbeitsverhältnis verteidigen
könnte. Ist das aber möglich? Ist es vielleicht ein wirklich
freier Arbeitsvertrag, den viele Arbeiter zu Tagelöhnen von
2 Mk. übernehmen? Durch die bitterste Not gezwungen,
geben solche Arbeiter ihre Kraft und oftmals damit auch ihre
Gesundheit für ein so niedriges Entgelt hin. Nimmt der eine
die Arbeit nicht, so nimmt sie der andere. An eine Rück-
nahme auf die Interessen anderer Arbeiter ist ja bei un-
organisierten Arbeitern nicht zu denken. Jeder sorgt für sich
und muß für sich sorgen, wenn er nicht hungern will.
So machen sich die Arbeiter denn gegenseitig Konkurrenz
und ermöglichen es dem Arbeitgeber, seinerseits die Ar-

beitsbedingungen nach Gutdünken festzusetzen. Erst mit
der Einführung der Organisation kommen die Arbeiter in die
Lage, sich über ihre gemeinsamen Interessen auszusprechen
und zu verständigen. Wer die Begeisterung mit angeht
hat, mit welcher der Einzug der Gewerkschaft mancherorts
von den Arbeitern begrüßt wird, dem kommt es so recht zum
Bewußtsein, wie sehr die Arbeiter das Bedürfnis nach Ver-
einigung empfinden. Schon durch das bloße Anknüpfen
treten, durch die Verständigung über die gemeinsamen Inter-
essen ist für die Arbeiter viel gewonnen. Das Solidaritäts-
und Zusammengehörigkeitsgefühl wird dadurch geweckt, und
der eine Arbeiter lernt den anderen kennen und achten. Jetzt
geht der eine nicht mehr achlos an des anderen Schicksalen
und Sorgen vorüber, sondern der schöne Grundgedanke kommt
zur Geltung: „Einer für alle und alle für einen.“ Durch
ihre Geschlossenheit und Einigkeit sind die Arbeiter nunmehr
in der Lage, durch friedliche Verständigung mit dem Arbeit-
geber auf die Abstellung von Missständen hinzuwirken. Das
geschlossene Auftreten der Arbeiter bringt es aber auch an
anderen Stellen zum Bewußtsein, daß die Arbeiter das Recht
haben und auch gewillt sind, ihre Standesrechte mit Ernst
und Nachdruck zu verteidigen.

Dann sind die organisierten Arbeiter aber auch in der
Lage, im äußersten Falle durch gemeinsame Arbeitseinstellung,
durch einen Streik ihren gerechten Forderungen Nachdruck zu
geben. Gewiß ist nicht der Streik, nicht der Krieg das Ziel
der Organisation, sondern der Friede, aber es können sich
stets auch Fälle ergeben, wo erst durch den Kampf zu einem
annehmbaren Frieden zu gelangen ist. Der gewerbliche Friede
ist das Ziel, welches wir als christliche Gewerkschaftler stets
im Auge haben. Nie soll und darf der Kampf ein Mittel
sein, um die Arbeiter zu verheizen. Stets werden wir ge-
wissenhaft die Frage prüfen, ob wir einen Kampf mit den
Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit vereinbaren können.
Man hat auch den christlichen Gewerkschaften zum Vorwurf
gemacht, daß sie, gedrängt durch die „freien“ Gewerkschaften,
sich in Kämpfe hineinziehen ließen, die nicht den gewerblichen
Frieden, sondern den Klassenkampf zum Ziele hätten. Dieser
Vorwurf ist unberechtigt. Die christlichen Gewerkschaften wer-
den sich nie und nimmer in solche Kämpfe drängen lassen,
die nicht der Verteidigung berechtigter Arbeiterinteressen,
sondern der Schürung des Klassenkampfes und des Klassen-
hasses dienen sollen. Die christlichen Gewerkschaften sagen
nicht wie die „Leipziger Volkszeitung“: „Zum Teufel mit
den Tarifverträgen“, sondern ihr ganzes Streben ist darauf
gerichtet, auf dem Boden möglichst friedlicher Vereinbarung
die Lohn- und Arbeitsbedingungen in einer für die Arbeiter
annehmbaren Weise zu gestalten. Wer als Arbeiter oder als
Arbeiterin an der Erreichung dieses Zieles mitarbeiten will,
besser oder deren Platz ist in der christlichen Gewerkschaft.

Sind sie eins und werden sie eins bleiben?

Sie haben wieder den „schönsten Frack“, die sozialdemo-
kratische Partei mit den „freien“ Gewerkschaften. Nach dem
Kölnner Gewerkschaftskongress jammerte die Partei über die
migratorische Gewerkschaftsbewegung. Da wurden die Gewerk-
schaftsführer abgefanzt wie dumme Jungen. Was hatten
sie denn verbrochen? Sie waren in bezug auf die Majorität
und den Generalstreik anderer Meinung gewesen als die
Führer des Parteiprogramms. Wenn die Gewerkschaftsführer
ihre Ansichten noch für sich behalten hätten, das wäre noch
verzeihlich gewesen. Aber solche parteiindigen Anschauungen
öffentlich auf einem Gewerkschaftskongress zu bekennen, das
mußte den gerechten Zorn der Meinung, Lautsch und der
Kölnner Gewerkschaften heraufbeschwören. Die Gewerkschaften be-
sprachten Beförderung, und so konnte in Bonn wieder ein leid-
licher Friede hergestellt werden. Welche auch der streitbare
Kriegshäuser noch lustig die Kriegsfackel schwingen, war auch
den Gewerkschaften nach der Meinung Leimpefers recht übel
mitgespielt worden, äußerlich war wieder ein leidliches Ver-
hältnis hergestellt.

Jetzt sind die Geister wieder aufs neue aufeinander ge-
platzt: Partei und Gewerkschaften liegen sich wieder in den
Garen. Anlaß hierzu bot die sofortige Entlassung der sechs
Vorwärtsredakteure. Die sozialdemokratische Parteileitung hat
den Grund mal wieder angewandt: „Wer nicht pariert, der
fliegt.“ Darob großes Geschrei eines Teiles der „freien“
Gewerkschaftspraxis.

Daß der sozialdemokratische Parteivorstand die sechs
revisionistisch gesinnten Redakteure, weil sie nicht das Opfer
ihrer Ueberzeugung bringen wollten, einfach aufs Pflaster ge-
worfen hat, ist für die sozialdemokratische Bewegung äußerst
unbequem. Der gegnerischen Seite ist damit ein äußerst zug-
kräftiges Material in die Hand gegeben worden, um die Ver-
schiedenheitartigkeit von Theorie und Praxis bei der Sozial-
demokratie darzutun. Das läßt vor allem die Wertfreiheit
der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, und deshalb
macht sich auch gerade auf gewerkschaftlicher Seite ein scharfer
Widerspruch gegen die Gewaltspolitik des Parteivorstandes
geltend. Schon vor acht Tagen ließ eine Notiz des gewerk-
schaftlichen Zentralorgans erkennen, daß die Generalkom-
mission der sozialdemokratischen Gewerkschaften bezüglich des
„Vorwärts“-Standals auf Seiten der ausgesprochenen Redakteure
steht. Trotzdem muß die überraschend scharf zugespielte
Kriegserklärung, die nunmehr von dem Gewerkschaftsorgan
an leitender Stelle gegen den Parteivorstand veröffentlicht
wird, um ihrer Form willen Aufsehen erregen. Wegen der
bedeutenden Folgen, die hieraus für das Verhältnis zwischen

den Gewerkschaften und der Partei sich ergeben können, ist es nicht überflüssig, den wesentlichen Inhalt jener Kriegserklärung im Wortlaut kennen zu lernen. Das Organ der Generalkommission schreibt nach einer Darstellung des Tatbestandes u. a. das folgende:

„Weil die Angehörigen der Arbeiterbewegung Vertrauenspersonen sind, darf umso mehr verlangt werden, daß man auch ihren Rat hört und daß man ihnen dieses Vertrauen nicht kurzerhand entzieht, ohne sie zu hören. . . Der Redakteur, der entlassen werden soll, muß zuvor gehört werden, sonst hätte er niemals das Vertrauen verdient, das ihm zu seinem Posten berief. Das ist so völlig selbstverständlich, daß kein Mensch daran gedacht hätte, es noch besonders im Parteistatut — ausgerechnet im Statut einer demokratischen Partei — zu erwähnen. . .

„Für eine demokratische Partei“ fragt das gewerkschaftliche Zentralorgan, „sollte im eigenen Betriebe das Recht der Kollektiventscheidung ohne jede Einschränkung bestehen? Erwägt man denn nicht, wie verhängnisvoll es auf den Kampf der Gewerkschaften zugunsten der kollektiven Regelung des Arbeitsvertrages zu wirken muß, wenn dieser Grundsatz vom Vorstand einer Arbeiterpartei proklamiert werden?“

In diesem Zusammenhang hebt das Organ der Generalkommission noch hervor, daß die Redaktion, weit entfernt, eine schiedsgerichtliche Erledigung ihrer Angelegenheit zu verlangen, sich nur verteidigen wollten.

„Nicht einmal das“, heißt es im Anschluß hieran, „wurde ihnen zugestanden, und nicht einmal dann, als die Klassenentscheidung erzwungen wurde, jene gewalttätige Art der Lösung, die sonst nur der Klassenkampf hervorbringt. . . Es wird jahrelanger Gewerkschaftsarbeit bedürfen, ehe dieser das Ansehen der Arbeiterbewegung schädigende Konflikt überwunden ist, und überwunden kann er nur werden, wenn die Gewerkschaften sich rücksichtslos gegen die vom Parteivorstand richtungslos durchgeführten beliebigen Art der Erledigung erklären.“

Folgerichtig behandelt das Organ der Generalkommission die neuen „Vorwärts“-Redakteure als Streikbrecher. Von den einzelnen Sätzen der Denkschrift des Parteivorstandes aber sagt es, daß dort „die elementarsten gewerkschaftlichen Grundsätze auf den Kopf gestellt werden.“

Trotzdem das „Correspondenzblatt“ in der Sozialdemokratie die einzige Arbeiterpartei erblickt, so kann es sich doch nicht mit der Haltung des Parteivorstandes befreunden.

Scharfe Verurteilung findet das Vorgehen des Parteivorstandes in der von dem Sozialistenpaare Heinrich und Lilly Braun herausgegebenen „Neuen Gesellschaft“:

„Das ist geschehen“, fragt sie entrüstet und antwortet dann:

„Kaum war der Parteitag vorüber, kaum schienen die Differenzen beigelegt und die redaktionellen Verhältnisse unseres Zentralorgans konsolidiert, als der Parteivorstand mit der Berliner Presskommission in Verhandlungen trat, deren Resultat die Entlassung und der Ersatz eines oder mehrerer Redakteure und die Abgabe der Mitarbeiterrechte für sich war. In der Art mittelalterlicher Fehngerichte ging das alles vor sich — hinter sorgfältig verschlossenen Türen mit strengem Schweigegebot für die Teilnehmer, und unter Ausschluß der Redaktion. Als deren Mehrheit, die trotz aller Geheimnisträumerei von den Vorgängen nicht ununterrichtet blieb, jenen Vorgängen, die den Grundbedingungen aller christlichen Demokratie wohl sprechen — wo bleibt hier Gerechtigkeit, wo Brüderlichkeit? von der Freiheit ganz zu schweigen! — und gegen ihren Ausschluß protestierte, wies der Parteivorstand ihren Protest in schärfster Form zurück, erklärte ihre Voraussetzungen für irrig und sich selbst für berechtigt, auch weiterhin unter Ausschluß der „Angeklagten“ über Schuldig oder Nichtschuldig zu entscheiden. Darauf handelte die Mehrheit der Redaktion, wie jeder organisierte Arbeiter handelt, wenn der Unternehmener seine Genossen mit Ausperrung bedroht: sie erklärte sich solidarisch und reichte ihre Entlassung ein. Hätte sie, was ihr gutes Recht gewesen wäre, gewerkschaftliche Grundsätze in vollem Umfang zur Geltung gebracht, so hätte sie, angesichts der Vorgänge, die einem Sturm Gewe gemacht haben würden, ohne Einhaltung der Rangabstufung ihrer Tätigkeit einstecken können.“

Es ist wirklich ein amüsanter Schauspiel, daß die „einzige Arbeiterpartei“ so mit ihren Arbeitern umspringt, wie sie es an den Scharfmachern aus dem bürgerlichen Lager nicht schon genug verurteilt hat.

Obwohl sich das Recht ausgebildet hatte, daß die Vorwärtsredaktion bei allen Verzögerungen der Parteifragen in-betreff Vorwärtsangelegenheiten vertreten war, hat man hinter deren Rücken, „in der Art mittelalterlicher Fehngerichte“ über die Umgestaltung der Vorwärtsleitung beraten, wie ein brutaler Vertrieber des industriellen Fortschritts verfährt, für den Institute wie Arbeiterauschüsse Luft sind, und der in aller Selbstherrlichkeit über Wohl und Wehe „seiner“ Arbeiter verfügt. Das alles aus Gründen reinster Demokratie! Und der Umstand, daß der Parteivorstand, statt die an der ungenügenden Leitung des „Vorwärts“ vermeintlich schuldigen politischen Redakteure zu decken, zwei „neutralen“ Redakteuren kündigt, kann nicht anders aufgefaßt werden als eine „Täuschung“, bestimmt dazu, die Verbleibenden, nicht genügend radikalen Redakteure fette zu machen. Auch dieses Vorgehen wieder „unter Ausschluß der Redaktion“!

Was war angesichts dessen selbstverständlich, bemerkte dazu die G. Korrespondenz, als daß sich gegenüber dieser

„Ausperrung“ die übrigen vier Redakteure, die nicht sofort mitgehungen werden sollten, aber nicht weniger schuldig waren, mit den zwei „ausgesperrten“ Redakteuren solidarisch erklärten und kündigten: genau entsprechend den gewerkschaftlichen Traditionen, die tagtäglich die sozialdemokratische Presse den Arbeitern predigt. Und was wäre ferner selbstverständlich gewesen, daß sich auch der verbleibende Rest der Redaktion mit diesen solidarisch erklärt hätte? Er blieb aber! Er, vier weitere Genossen und die rote Rosa Luxemburg alias Rosalie Lieber, denen, wenn es gegen bürgerliche Arbeitgeber geht, das Wort „Streikbrecher“ den Ausdrück höchsten Schimpfes und Abscheues bedeutet, sie nahmen das Odium dieses sonst aus der Tiefe des Herzens verabscheuten „Streikbrechertums“ auf sich, u. a. der speziell im Ruhrgebiet wohl bekannte Herr W. Düwels, der schon früher seine großen Prinzipienfestigkeit dadurch bekundete, daß er mit einem anderen Journalisten eine Zeitungs-Korrespondenz betrieb, die „bürgerliche und arbeitereindliche Blätter mit Informationen über die Arbeiterbewegung versorgte“. Sie fielen den eigenen Genossen als „Streikbrecher“ in den Rücken.

Der Vorwärts hält fürchterliche Abrechnung mit den aufstößigen Partei- und Gewerkschaftsorganen. Speziell die Gewerkschaften werden von ihm aufgehetzt, daß sie gegen die Haltung der Generalkommission Front machen sollen. In der Beilage zu Nr. 288 des Vorwärts schreibt ein Genosse:

„Dieser Standpunkt des „Correspondenzblattes“ kann der deutschen Arbeiterbewegung unübersehbaren Schaden zufügen, denn es ist nicht anzunehmen, daß die „befreundete Arbeiterpartei“, wie das „Correspondenzblatt“ sagt, sich diese Anrempelung des letzteren so ohne weiteres gefallen läßt.“

Dieser Schaden kann nur überwunden werden, wenn sich die Gewerkschaften rücksichtslos gegen den vom „Correspondenzblatt“ betriebenen Eingriff in die Rechte der Parteifunktionen wenden und die Generalkommission in ihre Schranken mit ihren eigenen Worten zurückweist: „Der „Vorwärts“-Konflikt hat an sich mit der Gewerkschaftsbewegung wenig zu tun.“

So geht es. Rücken die Gewerkschaftsführer auf, so wird ihnen seitens der Parteileitung ein „Küch Dich“ zugerufen. Folgen diejenigen dem Rufe nicht, so werden die Massen gegen die eigenen Führer scharf gemacht und dann — werden die Gewerkschaftsführer schon fette. Die Sozialdemokratie hat die „freien“ Gewerkschaften bereits in der Tasche. Der Appell an die „schwierige Faust“ genügt, um die fanatisierten Massen zu veranlassen, um auch dem bewährtesten Gewerkschaftsführer sein „Kreuzigt ihn“ zuzurufen. Die gelegentlichen Oppositionsveruche einzelner Führer, wie sie auch jetzt in den Auslassungen des „Correspondenzblatt“ zulange treten, sind nur als ohnmächtige Bittungen des gemißhandelten Gewerkschaftsgeistes zu betrachten. Für die christliche Arbeiterpartei sind die geschilderten Vorgänge äußerst schmerzhaft. Sie zeigen so recht drastisch, wohin die Gewerkschaftsbewegung gerät, wenn sie sich der „einzigen Arbeiterpartei“ in die Arme wirft.

Der durch seine Oppositionsgeist bekannte „Genosse“ von Wolmar hat dem Parteivorstande ob seines Verhaltens recht gründlich die Leuten gelesen. Auch zapft er ihn in humorvoller Weise an. Die die „Schl. N.“ berichten, beschreiben von Wolmar in der „Münchener Post“ ein fingiertes Feit, welches das technische Personal des „Vorwärts“ den gemäßigtesten „Genossen“ von der Redaktion veranlaßt und auf dem einer der Teilnehmer nach der Melodie „Behüt' dich Gott“, den „Hohen Rat“ mit folgendem tiefempfundnen Liede angezungen habe:

„Bist Redakteur du am Zentralorgane,
Dann denk so mancher: „Hat der Kerl ein Schwein!“
Gar viele leben in dem frommen Wahne:
Wie schön, ein „Vorwärts“-Redakteur zu sein.
Der läßt sich keine Meinung nicht diktiert,
Der schreibt genau so, wie er denkt und sieht.
Braucht nicht wie Raß seinem Herrn parieren,
Der mit der freien Meinung Handball spielt.
Und doch, wie ist es hinter den Kulissen,
Wie traurig ist die Wirklichkeit!
Wie 'n dummer Junge wird der rausgeschmissen,
Der nur nach seiner Überzeugung schreibt.
Ja, noch der gute „Ate“ noch am Leben,
Und dürfte heute seinen Freund er sich'n —
Ob's dann „Theaterbühnen“ würde geben,
Wär die Montage überaus geliebt?
Wir wollen heute keine Mittel lösen,
Die Denkschrift sprach, und folglich bleibt es so,
Und wer die neue Redaktion gelesen,
Ruh' esen ja, die ist come il faut!“

Und um den Hohn voll zu machen, läßt die Münchener „Post“ die Festgenossen zum Schluß der solennen Abschiedsfeier singen:

„Sozial, wer Recht und Freiheit liebt,
Zu unserer Sache steht zu Faust“
Dazu ist jeder Kommentar überflüssig.

Zur Erhebung von Extrabeiträgen!

In den letzten Num. unseres Organs wurde von verschiedenen Einsern teils für, teils gegen die Erhebung von Extrabeiträgen Stellung genommen. Auch ich bin der Ansicht, daß ein jeder Kollege, dem der Ausbau und die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes am Herzen liegt, zu der Erhebung von Extrabeiträgen Stellung nehmen soll.

Während nun die ersten Entseher sich durchweg auf den Standpunkt stellen, daß die Erhebung von Extrabeiträgen nicht allein notwendig, sondern auch leicht durchzuführen sei, ist nun einer der letzten Entseher, unterzeichnet ein „rückständiger“ Kollege, der Ansicht, daß die Sache bei vielen Kollegen nicht eher durchführbar sei, bis dieselben einen höheren Lohn verdienen.

Sich will ja gerne zugestehen, daß es manchem Kollegen sehr schwer fällt, bei dem geringen Lohne noch mehr Opfer für die Gewerkschaft zu bringen. Jedoch bedenken es diese Kollegen viel zu wenig, daß gerade durch erhöhte Opferwilligkeit die Leistungsfähigkeit des Verbandes gestärkt wird, und daß in dieser Stärkung eben das Mittel liegt, höhere Löhne zu erringen.

Jedem Lin ich auch der festen Überzeugung, daß es doch nicht als unmöglich bezeichnet werden kann, ein paar Wochen eine Mehrausgabe von täglich drei Pfennigen zu machen.

Dann muß ferner in Betracht gezogen werden, wenn ein schöner Klassenbestand vorhanden ist, die Indifferenten nicht jagen können: der Verband kann ja nichts leisten, im Ernstfalle ist derselbe ja nicht imstande, seine Mitglieder zu unterstützen.

Darum meine ich, daß es eine Pflicht der Mitglieder ist, bei Zeiten dafür zu sorgen, daß ein schöner Reservenbestand angelegt wird, damit in Zeiten der Gefahr, wo die Ausgaben die Einnahmen um Tausende von Mark wöchentlich übersteigen, nicht so leicht Ebbe in der Kasse entsteht.

Wenn man die Sache von diesem Gesichtspunkte betrachtet, dann glaube ich, daß es doch durchführbar für jedes Mitglied ist, auf ein paar Wochen sich eine kleine Extrastücke aufzulegen, wenn nur der gute Wille in etwa vorhanden ist.

Weil ich jedoch auch glaube, daß bei manchem Kollegen die Notlage vorgebildet wird, in Wirklichkeit jedoch der gute Wille fehlt, so möchte ich einen Vorschlag machen; dahingehend, daß Extra-Beiträge zu jeder Zeit freiwillig entrichtet werden können, die dann bei den Mitgliedern, welche die Kassenzeit noch nicht zurückgelegt haben, auf dieselbe in Anrechnung gebracht werden. Auf diese Weise wäre den Kollegen, welche in ruhigen Zeiten dem Verbandsbeitragen, Gelegenheit geboten, ab und zu eine Extra-Marke zu nehmen und dadurch die Kassenzeit um soviel Wochen abzurufen, als Extra-Beiträge geleistet sind.

Jedoch nicht allein für diese Mitglieder, auch für alle anderen Mitglieder würde es n. E. von Vorteil sein, wenn die Erhebung von Extrabeiträgen nicht auf einen kurzen bestimmten Zeitraum, sondern nach eigenem Ermessen im Laufe eines ganzen Jahres entrichtet werden könnten.

Manchen Kollegen wird es schwer fallen, in mehreren aufeinander folgenden Wochen sich diese Mehrausgabe zu gestalten.

Ist es aber möglich, zu jeder Zeit eine Extra-Marke zu nehmen, dann findet sich doch immer die eine oder andere Woche, wo die Lösung etwas besser ausgefallen ist, und in welcher dann diese Mehrausgabe wohl geleistet werden kann.

In dieser Form fällt die Mehrausgabe den Mitgliedern weniger schwer, und am Schluß des Jahres ist der eigentliche Zweck der Extra-Beiträge doch erreicht.

§. in D.

Gewerkschaftliche und soziale Rundschau.

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.

Die gemeinsam von bürgerlichen Sozialpolitikern unter Führung des Bureau für Sozialpolitik und von Vertretern der Arbeiterorganisationen (freien Gewerkschaften, deutschen Gewerbevereinen, christlichen Gewerkschaften) betriebenen Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die Veranstaltung der Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit und Hausindustrie für Mitte Januar (17. Januar) bis Ende Februar nächsten Jahres fest steht, und zwar in mehreren geräumigen Sälen der alten Kunstakademie, Unter den Linden Nr. 38. Es ist beabsichtigt, ein möglichst vollständiges Bild der gesamten deutschen Heimarbeit durch Vorführung ihrer Erzeugnisse in vier Hauptgruppen: Metall, Holz, Bekleidung, Lebens- und Genussmittel, mit zahlreichen Unterabteilungen

Zeitbilder.

Ein zwar nicht neues, aber doch wenig zur Anwendung gelangendes Kampfmittel handhaben die „Freien“ in Düren im „Heißestampfe“ gegen die christlichen Gewerkschaften. Sie stößen! Werben ihnen die Ausführungen eines Vertreters der christlichen Gewerkschaften ungenügend, so tritt die von den „Freien“ meisterhaft im Saale verteilte Pfeiferabteilung in Aktion. Der Erfolg ist verblüffend. Die eigenartige Musik wirkt auf den Sprechenden erheitend und fesselnverwirrend zugleich — er wird wohl oder übel zu sprechen aufzören. Ueberhaupt haben die dortigen „Genossen“ bezüglich der Disziplinlosigkeit sehr eigenartige Ansichten. Am 16. Oktober hatten dieselben eine öffentliche Versammlung mit freier Diskussion ab. Unbegrenzte Redezeit wurde seitens des Moderators zugesichert. Die sonst von den Genossen so sehr beliebte Bureauwahl wurde nicht vorgenommen. Dieselbe wäre auch wohl kaum nach Wunsch ausgefallen, weil die Besucherzahl zu mindestens vier Fünftel aus Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften bestand. Der aus Köln herübergekommene Referent hatte als Thema „die Gewerbegerichtsbarkeit“ zu behandeln. Der Inhalt der 1 1/2-stündigen Rede bestand zu 2/3 aus Anwürfen auf die christlichen „Arbeiterzeitung“. Als einzigen Vorgang der Kandidaten des „freien“ Gewerkschafts-Komitees wußte der Referent anzuführen, daß dieselben zwar nicht wirtschaftlich, aber doch geistig frei seien.

Als jedoch ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften die Ausführungen des Referenten einer durchaus sachlichen Besprechung unterzog, da setzte der ganze Chorus ein. Der Redner wurde wiedergegriffen und gebissen. Mit Recht wies der Diskussionsleiter darauf hin, daß der Referent durch seine Art unterbrochen wurde, hier zeigte sich so recht klar der Grad der gewerkschaftlichen Bildung. Weil sich jeder die Personen am Vorhandensein an der Schimpferei beteiligten, so gegen andere Kollegen es vor, die „Bildungsbesessenen“ unter sich zu lassen. Wenn die „Freien“ nach der Unterbrechung anderer Kollegen die „Häupter ihrer Heben“ gezählt haben, so hätte sich ihre Kampfesstimmung höchlich um ein Viertel gemindert haben.

Im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften werden von den Genossen besonders in letzter Zeit die „schwierigsten Sachen“ gemacht. Als in Sachsen-Thüringen die Färbereiarbeiter ausgeperrt wurden, da wußte die sozialdemokratische Presse von der christlichen Streikbrechergewerkschaft zu berichten, welche den ausgesperrten Arbeitern in den Rücken fiel. Darausgibt stellten wir fest: 1) daß unsere Mitglieder keine Arbeitswilligendienste leisteten, 2) daß unsere streikenden resp. ausgesperrten Mitglieder eine höhere Unterstützung erhielten als die Mitglieder des „deutschen“ Verbandes, 3) daß wir auch diejenigen Mitglieder unterstützten, welche noch keine 13 Wochen im Verbands waren. Solchen Mitgliedern zahlte der „deutsche“ Verband nicht. Jetzt macht die Klarnachricht die Kunde durch den roten Regenwald, daß die christliche Arbeiterbewegung die Arbeiter zur Annahme des von den Fabrikanten gebotenen Tarifs und zur Aufnahme der Arbeit aufgefordert habe. Das ist eine niederträchtige Verleumdung. Der Ruf ist vom christlichen Arbeiterverein in Greiz erlassen, der sich aus Fabrikanten, Beamten, Handwerker und Arbeitern zusammensetzt. Unser Verband hat damit nicht das Mindeste zu tun. Das haben wir von Anfang an klar und deutlich erklärt. Trotzdem kopiert die Genossenschaft diese Verleumdung ruhig weiter. Noch in seiner Nummer vom 18. November schreibt der „Sachverständige“ in einem Artikel über „die gelbe Gefahr“ wörtlich:

„Beständig verhält es sich mit demerrat der „Christen“ bei dem gegenwärtigen Kampfe in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Auch hier waren sie an der Einleitung der Bewegung beteiligt, besonders waren sie zuerst gleichgültig für die Ablehnung der Vorschläge der Unternehmerorganisation. Als die Unternehmer jedoch mit der Ausperrung drohten, da erschienen wiederum die Selben in der ihnen so gut stehenden Rolle als Unternehmerräte und leisteten die bereits Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit bezw. zur Annahme der von den Arbeitern gestellten Bedingungen auf.“

Es würde dem „Sachverständigen“ bekannt sein, daß er die Unwahrheit schrieb, aber zur Verheerung der „freien“ Arbeiter waren diese Lügen nur zu geeignet. Wenn der „deutsche“

Textilarbeiterverband im Kampfe in Sachsen-Thüringen so fest steht wie der christliche Verband, dann werden die Wünsche des Fabrikantenverbandes nicht in Erfüllung gehen.

Das Organ des „deutschen“ Verbandes ließ sich aus Marburg berichten, daß unsere dortigen Kollegen in ihrer Eingabe an die Fabrikanten die 10 1/2-stündige Arbeitszeit gefordert und damit die Einführung der 10-stündigen Arbeitszeit vereitelt hätten. Unser Ortsgruppenführer stellte in einer Berichtigung an den „Textilarbeiter“ fest, daß die Forderung der 10-stündigen Arbeitszeit an der Spitze unserer Eingabe an die Fabrikanten stand. Der „Textilarbeiter“ gab darauf seinem Berichterstatter zur Klarstellung das Wort. Diefem aber scheint die Tinte eingetrostet zu sein, denn — er läßt nichts mehr von sich hören.

Als der christliche Holzarbeiterverband in Köln nicht nach der Pfeife der Genossen tanzen wollte, da schrieben die Genossen Peter und Morio über die christlichen Streikbrecher. Wir stellen bereits fest, daß der „freie“ Himmerverband einen Streikbruch gegenüber christlich organisierten Arbeitern überhaupt nicht anerkennt. Jetzt, bei Gelegenheit der Streikdruckaffäre im „Vorwärts“, befehrt der Vorwärts das „Correspondenzblatt“ der „freien“ Gewerkschaften darüber, was er unter Streikbruch versteht, indem er demselben folgendes ins Stammbuch schreibt:

„Der Verfasser des Artikels scheint noch nicht zu wissen, was Streikbruch ist. Erstens kann denn, wenn jemand kündigt, unter Auszahlung aller seiner Forderungen entlassen wird, und danach ein anderer in die erledigte Stelle tritt, dieser niemals als „Streikbrecher“ gelten, zweitens wird aber von Arbeitern, wenn sie zum Streik greifen wollen, stets diese Absicht den Kollegen vorher mitgeteilt und gemeinsam Beschluß gefaßt. Die aus der „Vorwärts“-Redaktion ausgehenden „Sach“ haben aber der Klarheit die Absicht ihrer Kündigung vorher verheißt, so daß diese die erfolgte Kündigung selbst erst durch den Vorwärts erfahren hat.“

Wir sind gespannt, welche Geschick die Genossen zu diesen Ausführungen ihres „Botschafters“ heimlich werden.

zu geben. Dabei sollen die Waren mit Angaben über die Arbeitszeit und Lohnhöhe versehen werden. Literarische Hilfsmittel, Vorträge und bildliche Darstellungen werden zu weiterer Erläuterung herangezogen. Geschäftsstelle ist bis auf weiteres das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Mollendammstr. 29/30.

Ueber „eine Streikbrecherorganisation par excellence“
Berichtet der „Vorwärts“. Selbsterweise meint er damit nicht die neuen Männer, welche durch ein Nachwort des roten Parteivorstandes auf den Redaktionssejten des „Vorwärts“, „provisorsch“ tronen, um als Streikbrecher „par excellence“ in „Freiheit“ und „Väterlichkeit“ und „Gleichheit“ zu machen, wie sie im Zukunftsstaat verzapft werden sollen, sondern den Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Dieser Verein hat nämlich etwas von der Taktik des christlichen Holzarbeiterverbandes in sich geerbt und beschloss, in allen Streikfällen, in denen der Gewerkschaften seitens der „Freien“ nicht vorher ins Vertrauen gezogen wird, nicht nur ruhig weiter zu arbeiten, sondern andere Arbeiter von auswärts heranzuziehen, und alle Arbeitslosen des Gewerkschafts in den Streikorten in Arbeit zu bringen. Die Entzweiung des „Vorwärts“ über diesen Beschluß, der lediglich die Anerkennung des Konfessionsverbandes als gleichberechtigten Faktor seitens der „Freien“ erzwingen soll und also als selbstverständlich zu betrachten ist, ist natürlich groß. Das Blatt nimmt den Stand gewaltig vor, obwohl es gerade jetzt alle Ursache hätte, zu schweigen, wo die geradezu skandalösen Zustände innerhalb seiner eigenen vier Wände bekannt geworden sind, die um kein Notia sozialer sind, als die in der einstigen Mäntelmaherei Paul Singers. Der „Vorwärts“ zeigt mit seinem Scheitern auf die christlichen und Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften, die sich von den „Freien“ nicht einfach kommandieren lassen, sondern in Wahrheit frei bleiben wollen, wieder einmal, daß ihm für wahre Freiheit und Männerwürde jedes Gefühl abgeht, und daß er nur Sinn hat für brutale Gewaltthätigkeit, mag sie nun von den Massen oder von den wenigen Bevorgungen ausgehen, wenn sich beide, Massen und Massenführer, nur sozialdemokratisch nennen.

Ein neues Gesetz über die Freien Hilfsklassen
hat der Bundesrat angenommen. Das ist zu begrüßen, denn die eingeschriebenen Hilfsklassen haben zu sehr bedauerlichen Vorankommen geführt. Das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfsklassen vom 7. April 1876 wurde bekanntlich durch das Krankenversicherungsgesetz vom Jahre 1893 nicht aufgehoben. Im Jahre 1884 wurde eine Novelle zum Hilfsklassengesetz verabschiedet, die an den verschiedensten Stellen Verbesserungen schuf, u. a. die Ansetzung eines Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre vorschrieb. Auf dieser Grundlage wurden die Hilfsklassen auch in den beiden Krankenversicherungsgesetznovellen belassen, die seitdem herausgekommen sind, nur wurde in der Novelle vom Jahre 1892 noch mehr als früher für die Sicherung des Umfangs der Krankenunterstützung der Mitglieder seitens der Hilfsklassen gesorgt. Die betrügerischen Gründungen von Hilfsklassen, die in den letzten Jahren vorgekommen sind, haben zu dem Plane der Aufhebung des Hilfsklassengesetzes führen müssen. Damit werden die Freien Hilfsklassen noch nicht aufgehoben werden. In dem dem Bundesrat vorliegenden Entwurfe dürften vielmehr die Klassen unter das Zahlungssystem und damit unter das Aufsichtamt für Privatversicherung gestellt werden. Uebst dieses eine ständige Kontrolle über die Errichtung der freien Hilfsklassen, so dürfen schwindelhafte Gründungen in Zukunft ausgeschlossen und damit die Gefahr beseitigt werden, daß die Arbeiter von solchen Klassen um ihre Beiträge gebracht werden. Gerade in letzter Zeit haben sehr viele solcher schwindelhafte Gründungen stattgefunden. Die Arbeiter zahlten eine Beitrag, die Klasse verfrachte und dann nutzten sie oft jahrelang das Defizit beiseitigen helfen, ohne einen Pfennig zu erhalten.

Sozialpolitisches.
Noch manche Aufgaben harren auf dem Gebiete der Sozialpolitik ihrer Lösung. Das Koalitionsrecht soll durch die Wänderung der §§ 152 u. 153 der C.-D. gesichert, die Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung müssen vereinheitlicht oder doch möglichst vereinheitlicht werden. Eine notwendige Beseitigung muß die soziale Gesetzgebung durch die Witwen- und Waisenversorgung und durch Bestimmungen über die Arbeitsnachweise finden, sowie durch Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages auch für die männlichen Arbeiter und durch die Einführung von Arbeitskammern. Die vom Frankfurter Arbeiterkongreß geforderte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine steht jetzt sozusagen vor der Tür. Es verlaute, daß die Regierung einen Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine fertiggestellt hat, der dem im November zusammentretenden Reichstage zugehen soll. Der Inhalt des Gesetzentwurfes ist noch nicht bekannt. Wir haben also abzuwarten, ob derselbe den Erwartungen entspricht, die wir als Gewerkschaftler an einen solchen Gesetzentwurf stellen müssen. So wertvoll es für die Berufsvereine sein mag, gesetzlich anerkannt und damit der Willkür der Verwaltungen entzogen zu werden — allzu teuer darf man diesen Fortschritt nicht erkaufen. Die Verleugung der Rechtspersönlichkeit bedeutet, daß die Vereine Grundeigentum und im Grundbuch eingetragene Hypotheken erwerben, Klage erheben dürfen, überhaupt in finanzieller Hinsicht Rechtspersönlichkeit erlangen. Der Vorteil dieser gesicherten Rechtsstellung ist nicht zu unterschätzen; er würde aber aufgehoben, wenn man versuchen wollte, damit polizeiliche Befugnisse, wie die Verlegung des Mitgliederverzeichnis und dergl. zu verbinden, oder gar das Arbeitswilligengesetz hineinzufügen. Die konservative Partei möchte noch weiter gehen und gleichzeitig den Berufsvereinen die zivilrechtliche Haftbarkeit in Arbeitskämpfen auferlegen. Solche Zumutungen weist die Mehrheit des Reichstages aller Wahrscheinlichkeit nach zurück, denn große Opfer ist die gesetzliche Anerkennung nicht wert. Man muß sich eben vergegenwärtigen, daß sich die Arbeiterverbände auch ohne sie sehr kräftig entwickeln und ihre Mitgliederzahl auf mehr als eine Million gebracht haben.

Sozialbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Anrath.
Daß es möglich ist, auf friedlichem Wege Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in friedlicher Weise zu schlichten, beweist folgendes: Die Firma Lange führte in der Strassenhosenbranche neue Artikel ein, die bei ihr früher nicht fabriziert worden waren, und über deren Bezahlung sich Firma und Arbeiter nicht einigen konnten. Es wurde daraufhin von beiden Seiten der Wunsch laut, den Bezirksvorstehenden Feß zuguziehen. In einer Unterredung, die derselbe nun mit dem Fabrikbesitzer und dem Herrn Lange hatte, wurde eine vollständige Einigung erzielt. Die Firma Lange zahlt jetzt ihren Arbeitern einen Lohn, der bedeutend höher ist, wie bei manchen Fabrikanten (auch bei solchen, die

angeblich noch einen guten Ruf haben) in Krefeld. Dieser Erfolg der Arbeiter ist zurückzuführen auf die geschlossenen Organisationsverhältnisse in der Fabrik sowie auf das Entgegenkommen der Firma. Mögen sich die Schachmacher auf Arbeitgeberseite, wie auch die unorganisierten Arbeiter hieran ein Beispiel nehmen.

Krefeld.
Endlich scheint bei den Stoffwebern in Krefeld wieder die Erkenntnis zu dämmern, daß der Arbeiter, will er Verbesserungen durchzuführen, organisiert sein muß. Eine auf Sonntag morgen von dem Aufsicht der Firma Wilmsen und Herzog anberaumte Ausschusssitzung war ziemlich gut besucht, es waren von 23 Fabriken Vertreter anwesend. In dieser Sitzung, an der auch die Verbandsvertreter teilnahmen, wurde eine Kommission von sechs Mann gewählt (drei vom christlichen und drei vom deutschen Verband) um in Verbindung mit den Verbandsvertretern eine Lohnliste anzuarbeiten.

Als wünschenswert wurde es bezeichnet, daß die Organisationsvertreter sich mit den Fabrikanten in Verbindung setzen, die Fabrikanten können dann ebenfalls eine Kommission wählen und die Ausarbeitung der Liste kann dann gemeinsam geschehen. Da auch eine Anzahl Fabrikanten die Einführung einer einheitlichen Lohnzahlung wünschen, so ist zu hoffen, daß die jetzige Arbeit nicht fruchtlos enden wird.

Die Lohnbewegung in Sachsen-Thüringen.
Seit dem 6. November waren die Betriebe „versuchswillig“ geschlossen. Es fanden sich aber sehr wenig „Arbeitswillige“. In Gera waren es von 3000 Ausgesperrten etwa 220, in Greiz von 4000 etwa 350—400, in Glauchau von 1700 etwa 150 und in Meerane von 1400 etwa 200, die einführten und zum neuen Tarif arbeiten wollten.

Statt Entgegenkommen zu zeigen, sagte der Verband sächs.-thüring. Beberien am Freitag nun folgenden Beschluß: „Da sich in den Betrieben der Mitglieder des Verbandes sächs.-thüringischer Beberien keine genügende Anzahl Arbeitswilliger gemeldet hat, um die Betriebe auch nur in mäßigem Umfange aufrecht zu erhalten, hat der Vorstand des Verbandes in der heute morgen stattgefundenen Sitzung die erneute Schließung sämtlicher Verbandsbetriebe für

Sonnabend, den 11. November d. Jz. angeordnet. Infolgedessen, und da auch in den letzten Tagen in verschiedenen Fabrikbetrieben in Gera Arbeiter ausständig geworden sind, hat auch die Konvention der sächs.-thüringischen Faberieren betragsmäßig die Schließung ihrer sämtlichen Fabrikbetriebe und Appretur anhalten für den gleichen Tag verfügt. Der Verband sächs.-thüringischer Beberien wird aber allen benutzenden arbeitwilligen Webern und Weberinnen, welche bis und mit dem 9. d. Mts. die Arbeit aufgenommen haben, und welche eine anderweitige Streik- oder Aussperrungsunterstützung nicht genießen, vom 13. d. Mts. ab für die Dauer der Schließung der Betriebe eine wöchentliche Entschädigung gewähren, die erstmalig Freitag, den 17. November, zur Auszahlung gelangen wird. Der Betrag der Entschädigung wird in den einzelnen Ortsgruppen ein verschiedener sein, jedenfalls aber diejenige Entschädigung übersteigen, welche die organisierten Arbeiter von ihren Gewerkschaften erhalten. — Die Entschädigung wird für Greiz und Gera für die männlichen und weiblichen befristeten Arbeiter 12 Mk. und für die ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen 9 Mk. pro Woche betragen.

Greiz, den 10. November 1905.
Verband sächs.-thüringischer Beberien.
Mit der erneuten Schließung seiner Betriebe veröffentlicht der Verband der Beberien gleichzeitig die „Verfügung“ der Schließung der Faberieren. Am Sonnabend wurde die Generalaussperrung in sämtlichen Beberien und Faberieren perfert. Es sind davon 35—40 000 Arbeiter betroffen. Mit den Familienangehörigen mögen es gut 100 000 Personen sein, die jetzt im Winter unter der Aussperrungswut der Unternehmung zu leiden haben.

Wir aber fragen? Was man sich auch der hohen sittlichen Verantwortung bewußt, als man diesen folgenreichen Beschluß faßte, der geeignet ist, ein ganzes großes Industriegebiet zu erschüttern und der tausende von Menschen an der Gerechtigkeit verzweifeln läßt?

Greiz. Am Freitag, den 3. d. M. Hielten wir eine sehr fruchtbar besuchte Mitgliederversammlung ab im Volkshaus. Kollege Rümmele begrüßte die Er erschienenen, besonders aber den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Schiffer, der gekommen sei, um sich an Ort und Stelle über die Bewegung zu orientieren. Darauf sprach Kollege Schiffer in einständiger Vortrage über die christlichen Gewerkschaften und die gegenwärtige Lage und führte u. a. folgendes aus: Wir christliche Gewerkschaftler erstreben allerdings den sozialen Frieden, doch darf dies kein „Kirchhofstreiben“ sein, wo der eine Teil gebietet und der andere gehorcht muß, sondern jeder Teil müsse zu seinem Rechte kommen. Es wäre sehr zu wünschen, daß bald gesetzliche Vorschriften über die Bildung von Arbeiterausschüssen erlassen würden, dann könnten oft große Bewegungen bemiieden werden. Die Bestimmungen über Bildung von Arbeiterausschüssen im angebotenen neuen Lohnkartell würde die Arbeiter nicht befriedigen, da die Hälfte des Ausschusses vom Fabrikanten bestimmt würde, und die Arbeiter zu einem solchen Ausschuss kein Vertrauen haben können. Die hiergegen organisierten Arbeitgeber handeln in Konsequenz, wenn sie mit den Organisationen der Arbeiter und auch mit unserem Verbands nicht verhandeln wollen. Der christliche Textilarbeiterverband werde in dieser Bewegung vollständig selbstständig vorgehen und empfehle er deshalb, eine leitende Kommission zu wählen, welche eventuell den Weg zu einer Verständigung einschlägt. Er hofft, daß die Mitglieder ihre Disziplin und Opferwilligkeit bewahren und nicht eher die Arbeit aufnehmen, bis eine Verständigung gefunden sei.

Bezüglich des Verhältnisses der christlichen Gewerkschaften zu den konfessionellen Arbeitervereinen führte Redner aus, daß beide selbständige Korporationen seien, wenngleich sie manche Berührungspunkte gemeinsam haben. Keine von beiden habe das Recht, in die Kompetenzen der anderen einzugreifen. Der vom Vorstand des hiesigen christlichen Arbeitervereins veröffentlichte Aufruf zur Meldung Arbeitswilliger sei sehr zu beacuten und müsse entschieden betont werden, daß unser Verband denselben völlig fernstehe und denselben mißbillige. Bei Streiks und Aussperrungen sollten die konfessionellen Arbeitervereine sich neutral verhalten, denn hier handelt es sich um wirtschaftliche und gewerkschaftliche Dinge. Den Ausführungen des Kollegen Schiffer wurde reichlicher Beifall geendet. In der nun folgenden Diskussion sprachen sich mehrere Redner in zustimmendem Sinne aus. Einmütig gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich in Uebereinstimmung mit der Verbandsleitung mit den bisher getroffenen Maßnahmen und der Wahl einer Leitenden Kommission für die Dauer der derzeitigen Aussperrung einverstanden und beschließt, im Interesse der Arbeiterschaft zunächst ruhig die kommenden Ereignisse abzuwarten. — Die Versammelten bringen der Verbandsleitung nach wie vor volles Vertrauen entgegen und versprechen, nur den Anordnungen derselben und den gemeinsamen Beschlüssen Folge zu leisten.“

In die Kommission wurden gewählt die Kollegen G. Seidel, A. Beer und Aug. Walter. In der Kommission sind alle beteiligten Ortsgruppen vertreten. Diefelbe hat bereits eine Sitzung abgehalten. **Gera.** In einer am 4. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung schiederte zunächst Kollege Rümmele die gegenwärtige Lage der Lohnbewegung. Er hofft, daß jeder von uns als Gewerkschaftler handelt. Der anwesende Verbandsvorsitzende, Kollege Schiffer, referierte dann über Zweck und Ziel der christlichen Gewerkschaften, wobei er auch über unsere Stellung zu den Unternehmern, den konfessionellen Arbeitervereinen sowie zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften sprach. Es wurde eine Resolution angenommen, worin der Verbandsleitung zu den bisher getroffenen Maßnahmen volle Uebereinstimmung ausgesprochen und die Wahl einer Kommission für die

berzeitige Aussperrung gutgeheißen wird. Als Vertreter in dieser Kommission wurden seitens unserer Kollegen Friedrichsen und Werner gewählt. Der bisherige Kassierer, Kollege H. Focke, trat von seinem Amte zurück. Bücher und Adress wurde in bester Ordnung zurückgegeben und sei ihm deshalb an dieser Stelle für seine bisherige Mäße bestens gedankt.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Citorf. Am 12. Nov. hielt unsere junge Ortsgruppe ihre erste Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Aufnahme neuer Mitglieder, Vorstandswahl und Verschiedenes.

Wir hatten 15 Neuaufnahmen zu verzeichnen, gewiß ein erfreuliches Zeichen. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: Vorsitzender Franz Löhr, Kassierer Peter Scheide, Schriftführer Philipp Feld. Nach gefälliger Wahl sprachen zwei Kollegen der Ortsgruppe Siegburg über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterschaft in den christlichen Gewerkschaften. Mit einem warmen Appell an die Mitglieder wurde die Versammlung geschlossen. Möge die junge Ortsgruppe blühen und gedeihen.

Embsitten. Am Sonntag, den 5. November hielt unsere Ortsgruppe ihre Monatsversammlung ab. Nach Eröffnung derselben durch den zweiten Vorsitzenden Weiners fand zunächst eine regere Aussprache über die Weihnachtstfeier statt. Allgemein war man der Ansicht, eine Weihnachtstfeier mit Besorgung zu veranstalten. Da jedoch eine allseitige Beteiligung der Mitglieder sowie auch deren Angehörigen zu erwarten sei, so wurde die Ansicht laut, die Feier möglichst geteilt in zwei Lokalen zu begehen. Auch wählte man eine 15 gliedrige Kommission, welche mit der Vorbereitung beauftragt wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Agitation, sprachen sich mehrere Kollegen dahin aus, daß man besonders jetzt in den Wintermonaten daran gehen müsse, Fabrikversammlungen abzuhalten, um einerseits die noch Fernstehenden für unsere Bestrebungen zu begeistern, andererseits aber auch, um einschleifende Mißstände gemeinsam zu besprechen. Besonders möge man überall dort, wo noch kein Arbeiterausschuss besteht, für die Anstellung eines Ausschusses eintreten. Kollege Volkredner empfahl noch den Besuch des Unterrichtsurses und bedauerte, daß sich gerade die Vertrauensmänner so wenig an dieser Einrichtung beteiligten. Auch von den übrigen Mitgliedern und besonders von den jüngeren Kollegen konnten mehr wie bisher daran teilnehmen. Bei einigen guten Willen ließen sich wohl alle 14 Tage einige Stunden erübrigen, um die für den Arbeiter so notwendige Schulung und Bildung durchzuführen. Zum Schluß wurden noch 50 Mk. für die Erweiterung der Bibliothek bewilligt.

Cuppen. Am 15. d. M. hielt der Vorstand unserer Ortsgruppe mit den Vertrauensleuten und den Arbeiterausschüssen aller Textilbetriebe eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Weber, welcher die Versammlung leitete, berichtete ausführlich über die Tarifbewegung im Rachen Bezirk, über die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände und den Spruch des Schiedsgerichts zur Beilegung von Streitigkeiten im Rachen Textilgewerbe. Redner bemerkte, wenn auch der Wunsch der Arbeiter nach einem allgemeinen Lohnkartell sich vorläufig nicht erfüllt habe, so sei doch durch den Spruch des Schiedsgerichts die Einführung von Einzeltarifen, die den Arbeitern einen hinreichenden Minimal-Durchschnittslohn sichern, festzuwörtet worden. Ebenfalls habe das Schiedsgericht den allgemeinen Lohnkartell als wünschenswert bezeichnet. Es handelte sich jetzt für uns Arbeiter darum, mitzuarbeiten, um die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Den Textilarbeitern sei der Weg gezeigt, auf welchem sie ihr Ziel, den allgemeinen Tarif, erreichen werden. Vorbedingung sei natürlich der feste Zusammenschluß aller Textilarbeiter in dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter und ein planmäßiges Vorgehen der Verbandsleitung und der Tarifkommission. Nach einer anregenden Diskussion, in welcher sich alle Redner mit den Ausführungen des Vorsitzenden und den Maßnahmen der Lokalkommission einverstanden erklärten, wurde einstimmig beschlossen, sich mit der Stellungnahme der öffentlichen Versammlung am 6. d. M. im zoologischen Garten zu machen und mit der dort fast einstimmig angenommenen Resolution einverstanden zu erklären und die weiteren Schritte der Tarifkommission zu überlassen. Ferner wurde beschlossen, dafür Sorge zu tragen, daß überall in den Betrieben, wo noch kein Fabrik-Ausschuss besteht, ein solcher eingeführt wird. Nachdem sich noch eine große Anzahl Kollegen freiwillig gemeldet, die mit den Vertrauensmännern an einem der nächsten Sonntage die Hausagitation unter den noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen besorgen wollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Cuppen. Den Mitgliedern unserer Ortsgruppe zur Kenntnisnahme, daß durch die Freistellung des Kollegen Ueber unsere Geschäftsstelle an Wochentagen von 9—1 Uhr morgens, und von 3—7 1/2 Uhr nachmittags geöffnet ist. Diefelbe befindet sich Bergkapellstraße 36 (Gewerkschaftszusammenverein). Diefelbe wird allen organisierten Arbeitern unentgeltliche Auskunft erteilt über alle die Arbeiter betreffenden Gesetze und Bestimmungen. Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen, von dieser Einrichtung fleißigen Gebrauch zu machen.

Gabranau. Die am 12. Nov. stattgefundene öffentliche Versammlung der christlichen Textil- und Lederarbeiter erfreute sich eines sehr guten Besuches. Kollege Fischer-Wilhausen referierte über die Notwendigkeit und das Recht des Arbeiters, sich zu organisieren, um seine gerechten Forderungen, soweit sie zur Erfüllung seiner Lebensaufgabe unentbehrlich sind, auf gemeinsamem Wege zu erreichen. Redner begründete im weiteren, daß eine gesunde Entwicklung des Arbeiterlandes auch auf den einzelnen Arbeitgeber, wie auf die gesamte Industrie einen günstigen Einfluß ausüben müsse, besonders dann, wenn auf solche Weise der Schmutzkonkurrenz wirksam entgegengetreten werden. Es war wirklich ein Freude, die so klaren und verständlichen Ausführungen des Referenten hören zu können. Etwas lebhaft wurde die darauffolgende Diskussion, bei welcher hauptsächlich die Gegensätze der christlichen mit den sozialistischen Gewerkschaften besprochen wurden, wobei Referent, dem die Zeit etwas knapp bemessen war, im Schlußwort die sozialdemokratischen Bestrebungen der letzteren trefflich beleuchtete. Er führte aus, mit welcher unlauteren Mitteln die Freien die Christlichen bekämpfen und wie besonders den Vorwurf der konfessionellen oder parteipolitischen Tendenz entschieden zurück, ebenso den Vorwurf des Streikbrechens, wogegen er einige Beispiele anführte bezügl. des Streikbrechens bei den Freien. Kollege Fischer gab den Diskussionsteilnehmern in ruhiger aber entschiedener Weise die richtige Antwort, die sie jedenfalls nicht erwartet hätten. Mögen doch die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften ihre Friedenstheorien erst einmal in eigenen Lager erlösen lassen; wir wollen aber auch keine Feindseligkeit sein. Wenn man uns aber den Kampf aufzwingt, so sind wir auch gewillt, ihn aufzunehmen. Mögen die lehrreichen Worte auf guten Boden gefallen sein, zum Wohle der hiesigen Ortsgruppe. Unsere Lösung soll heißen: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Fischeln. Unsere am 5. November abgehaltene Versammlung war schlecht besucht, trotz dreifacher Bekanntgabe. Den Rassenbericht erstattete der Kassierer Joh. Marks. Die Versammlung erteilte demselben Entlastung. Den Bericht über die Bezirkskonferenz erstattete der Vorsitzende Kollege H. Vogel. Es wurde nunmehr in Beratung getreten über einen Antrag, betreffend den Anschluß unserer Ortsgruppe an das Ortskartell christl. Gewerkschaften in Krefeld. Nach einer eingehenden Erläuterung über Wesen und Zweck der Ortskartelle seitens des Vorsitzenden und einer sich hieran anschließenden Diskussion wurde der Anschluß einstimmig beschlossen und als Delegierter der Kollege Peter Gather gewählt. Nach einigen kurzen Botschaften schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kollegen, besucht doch besser die Versammlungen, opfert doch wenigstens alle viertel Jahre eine Stunde für unsere Quartalkonferenzen.

W.-Gladbach-Emmelenberg. Unsere letzte Mitgliederversammlung erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuches. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden, Kollegen Gindische, G.

